

72 - 2.07. 1997

Bisher zu wenig Anmeldungen

Fragebögen zu erweitertem Betreuungsangebot

ge. VG BODENHEIM - Eine betreuende Grundschule gibt es an den Grundschulen der VG Bodenheim schon seit über fünf Jahren. In jeder Schule wird mindestens eine Gruppe mit durchschnittlich zehn Kindern bis 13.15 Uhr betreut. Und laut VG-Gleichstellungsbeauftragter Christina Göth wächst der Zulauf ständig.

Seit Februar 1996 im Amt, bemüht sich Göth vor allem um gezielte Betreuungsangebote für Kinder berufstätiger Frauen und Paare. Als Sprecherin des Arbeitskreises „Betreuende Grundschule“ engagierte sie sich für ein im Schuljahr 1997/98 zu realisierendes erweitertes Konzept der betreuenden Grundschule. Mit einem Fragebogen, der an den Elternabenden der jeweiligen Grundschulen verteilt wurde, sollte das elterliche Interesse an dieser Erweiterung ermittelt werden. Wenngleich das Konzept nach Ansicht Göths verglichen mit einer nachmittäglichen Hortbetreuung lediglich eine Kompromißlösung darstellt, wurde die Idee, die Betreuungszeit bis 14.15 Uhr auszudehnen und die Kinder mit einem Mittagessen zu versorgen, in Bodenheim von 23, in Gau-Bischofsheim von 29, in Lörzweiler von fünf und in Nackenheim von 19 Eltern begrüßt. Die Betroffenen der Gemeinde Harxheim meldeten keinen Bedarf an, weil die dort vom Kindergarten übernommene Nachmittagsbetreuung nach dem Kindertagesstätten-gesetz rechtmäßig ist und institutionalisiert werden soll.

Hinsichtlich der Kosten für die Verlängerung der Betreuungszeit einigte man sich mit

der VG-Verwaltung darauf, daß die erweiterte Betreuung 15 Mark mehr, also monatlich 40 Mark kosten soll. Zusätzlich werden vierteljährlich sechs Mark für das Mittagessen vorausgezahlt - für nicht in Anspruch genommene Essen gibt es eine Rückerstattung.

Wider Erwarten kamen die pro Grundschule notwendigen 15 Mindestanmeldungen nicht zustande. In Bodenheim sagten elf Eltern zu, in Gau-Bischofsheim vier, in Nackenheim neun, in Lörzweiler gab es lediglich eine Anmeldung. Damit ist das Angebot vorläufig nicht realisierbar.

„Ich möchte die politische Diskussion über eine bedarfsgerechte Betreuung in Gang halten“, sagt Göth, „denn, wenn das Projekt jetzt sang- und klanglos untergeht, passiert politisch nichts, und das Ganze geht auf die private Schiene.“ Mit einer neuen Fragebogenaktion will der Arbeitskreis jetzt herausfinden, warum der von der VG-Verwaltung genehmigte Plan von den Eltern letztlich nicht angenommen wurde. Es ist zu klären, ob das erweiterte Konzept den Interessen berufstätiger Frauen ausreichend entgegenkommt, ob die Eltern fürchten, ihre Kinder seien auf dem Weg zur Gruppe nicht genügend betreut oder ob der Verpflichtungscharakter der Vorauszahlungen unerwünscht ist. Indem die Eltern per Fragebogen etwa die fehlende Ferienbetreuung bemängeln, den Betreuungsumfang als zu gering erachten oder sonstige Gründe angeben, ermöglichen sie Göth eine Information des VG-Rates und Optimierung des Angebotes.